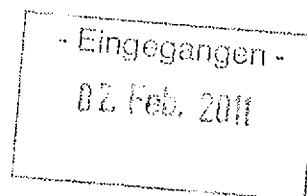
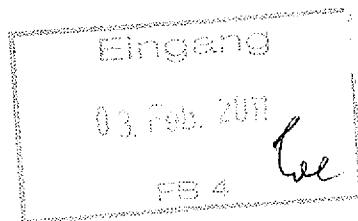


An den Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



Bergisch Gladbach, 1. Februar 2011

Antrag:

Mehr demokratische Bürgerbeteiligung!

Bürgerversammlung zum Thema „Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach - Schulentwicklungsplan 2020“.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urbach,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE./BfBB bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten **Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport** zu setzen:

Beschlussvorschlag:

1. Über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans führt die Verwaltung bis zum Herbst 2011 eine öffentliche Bürgerversammlung durch. An dieser Bürgerversammlung sollen u. a. beteiligt werden: Schulen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, die Bezirksschülervertretung, Stadtrat und Verwaltung, Gewerkschaften und Lehrerverbände, sowie weitere Initiativen, die sich mit Schulformen beschäftigen, wie z. B. Mittendrin e.V.

Die Bürgerversammlung ist grundsätzlich für alle öffentlich. Alle Bürgerinnen und Bürger bekommen die Möglichkeit sich an der Debatte zu beteiligen und eigene Vorschläge einzubringen.

In der Versammlung können Arbeitskreise gebildet werden, welche die unterschiedlichen Aspekte der weiteren Entwicklung der Schullandschaft diskutieren und bearbeiten können.

2. Für die Versammlung wird ein vier- achtseitiges einfaches Informationsblatt erstellt, in der die Situation, Kritik und alle bis dahin diskutierten Lösungsansätze kurz dargestellt werden.

Alle nötigen Informationen (z.B.: Strukturdaten der Einwohner, aktuelle Schülerzahlen, Projektarbeit der Studenten der FHÖV, Gutachten, Studien, Gesetze, vorhandene Stellungnahmen der Schulen, Parteien oder Verbände, etc.) werden im Juni 2011 umfassend online auf der Webseite der Stadt Bergisch Gladbach elektronisch zur Verfügung gestellt. Diese Informationsplattform wird bis zur Beschlussfassung des Stadtrates über den

Schulentwicklungsplan aktuell gehalten und durch Presseberichte, weiteren Gutachten und Stellungnahmen ergänzt.

3. Die Verwaltung richtet im Juni 2011 im Rahmen der Webseite der Stadt Bergisch Gladbach ein Internetforum ein, in der alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich an der Debatte um den Schulentwicklungsplan zu beteiligen. Dieses Webforum wird direkt mit der Webseite wie unter Punkt 2 beschrieben verknüpft.
4. Über die Ergebnisse der Bürgerversammlung und die weitere Gestaltung des Schulentwicklungsplans soll der Rat bzw. die Fachausschüsse in öffentlicher Sitzung unterrichtet werden.
5. Über die Ergebnisse, die unterschiedlichen Positionen und Alternativen, die bei der Bürgerversammlung diskutiert wurden, wird eine Informationsbroschüre erstellt, welche auf Anfrage an die Bürgerinnen und Bürger herausgegeben wird.

Begründung:

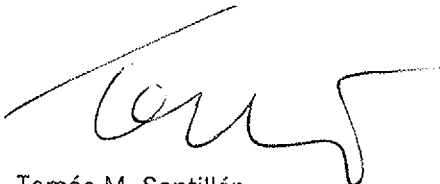
Das Thema Schulen ist nicht nur eines der wichtigsten Themen in dieser Stadt, sondern auch eines der Themen, welches die Menschen bewegt. Die Projektarbeit zum Schulentwicklungsplan, welches die Studenten der FHÖV im Rahmen ihrer Ausbildung vorgelegt haben, zeigt deutlich den Handlungsbedarf an den Schulen. Um den Ansprüchen unserer Kinder an eine solide Bildung und dem Schulgesetz gerecht zu werden, müssen nun die Weichen für die zukünftige Schullandschaft gestellt werden. Womöglich bedarf es dazu harter Entscheidungen. Diese dürfen aber nicht nur von der besseren und stärkeren Lobby bestimmt werden.

Diese Entscheidung sollte man wohl abwägen und ALLE betroffenen Gruppen können in einer Bürgerkonferenz daran beteiligt werden. So können Widersprüche, Missverständnisse oder ideologischen Streit vermieden werden und man kann sich auf die Ziele und damit verbundenen Sachfragen konzentrieren. Wir brauchen eine „richtige“ Entscheidung, welche sich nicht an den ideologischen Vorstellung und Zielen der Parteien oder der finanzstärkeren Elternschaft orientiert, sondern an den Kindern und den sachlichen Notwendigkeiten vor Ort. Diese kennen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sehr gut und sicher besser als die Stadtverwaltung und der Stadtrat.

Schon jetzt und trotz fehlender Beschlusslage im Rat wird deutlich, zu welchen Zerwürfnissen die Arbeit der Studenten der FHÖV geführt hat. In ihrer Projektarbeit wurden nur drei Lösungsansätze genannt. Es gibt weitere Punkte, Alternativen und Lösungsansätze, die diskutiert werden müssen. Eine Bürgerkonferenz gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit die Debatte sachlich zu führen, sich alle Vorschläge anzuhören und auch eigene Vorschläge zu machen. Die Versammlung kann der Wut der Bürgerinnen und Bürger einen konstruktiven Ausdruck zu geben.

Die Ergebnisse der Bürgerkonferenz können eine gute Grundlage für die Entscheidung des Stadtrats über den Schulentwicklungsplan geben.

Mit freundlichen Grüßen



Tomás M. Santillán

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE./BfBB